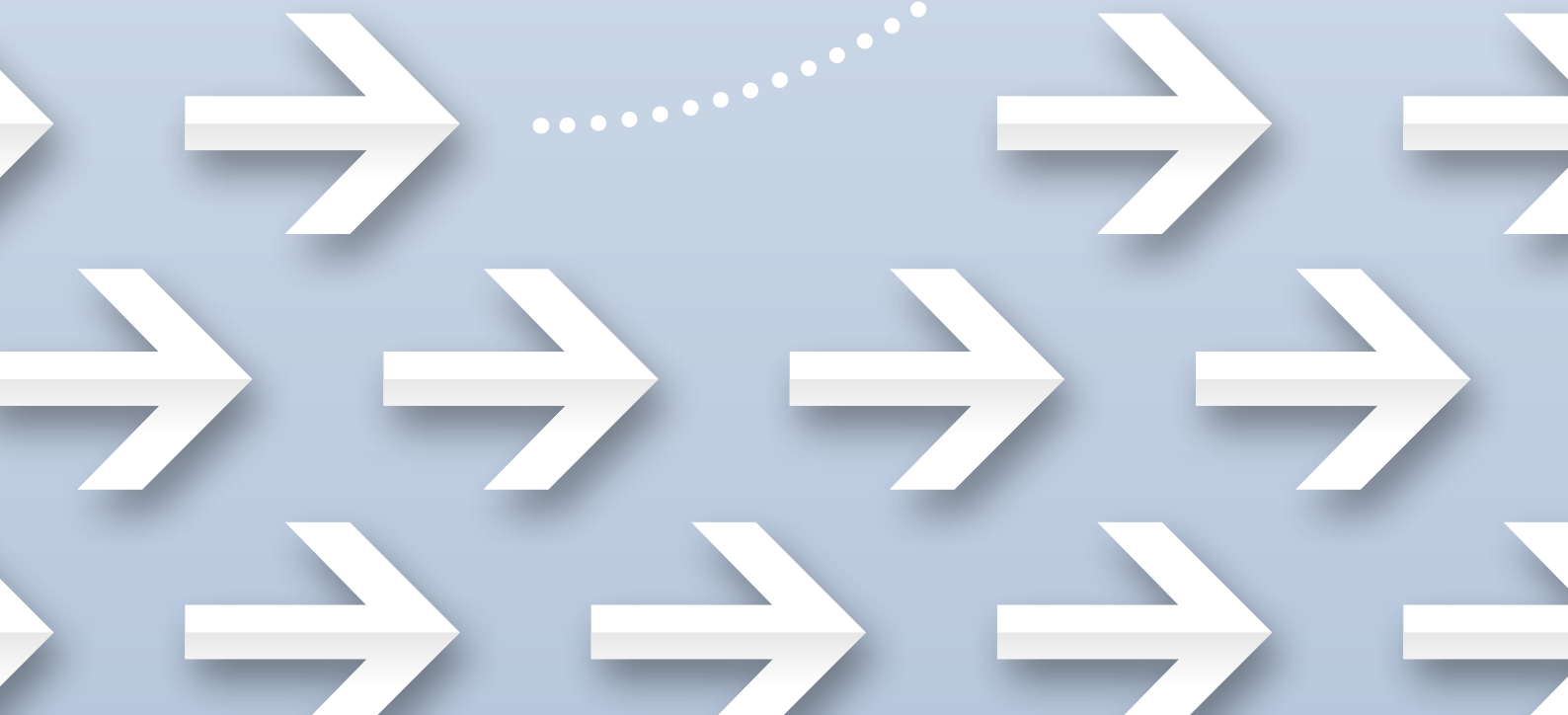


Positionen der IHK Hannover 2021



Inhalt

Vorwort.....	3
Einleitung	4
Positionen	
1 Wie gestalten wir eine digital vernetzte Region?	6
2 Mit welchen Zukunftstechnologien schaffen wir es, eine führende Innovationsregion zu werden?	8
3 Wie entlasten wir unsere Unternehmen von Bürokratie?	10
4 Wie stärken wir die ländlichen Räume in unserer Region?	12
5 Wie sehen die Innenstädte der Zukunft aus?	14
6 Wie gestalten wir die Mobilität von morgen?	16
7 Wie vernetzen wir Wirtschaft und Wissenschaft effektiver?	18
8 Wie stellen wir eine hochklassige Ausbildung unserer Fachkräfte von morgen sicher?	20
9 Wie gestalten wir unsere Wirtschaft nachhaltig sozial, ökologisch und ökonomisch?	22
10 Was müssen wir leisten, um offene Märkte zu schützen?	24
11 Wie schaffen wir es, eine führende Wasserstoffregion zu werden?	26
12 Wie kann unsere Wirtschaft nach der Corona-Krise wieder durchstarten?	28

Vorwort

Das vergangene Jahr hat unser Land, Menschen wie Unternehmen ganz besonders gefordert und wir stehen vor großen Herausforderungen, denen wir uns auch nach der Pandemie stellen werden müssen. Auch wenn wir in vielen Bereichen durch die Corona-Krise an den Rand der Belastbarkeit gekommen sind, wollen wir jetzt nach vorne schauen. Wir müssen die Zukunft gewinnen, und das geht nur mit einer starken Wirtschaft.

Dafür müssen allerdings die Rahmenbedingungen passen. Deshalb hat die IHK Hannover ein Fundament für ihre Arbeit in den kommenden Jahren erarbeitet: Wohin soll die Reise gehen? Und vor allem: Was ist zu tun, damit wir unsere Ziele auch wirklich erreichen? Das haben wir für zwölf wichtige Themen festgelegt: Zwölf Positionen der Wirtschaft in der Region.

Die Unternehmerinnen und Unternehmer in der IHK-Vollversammlung haben im März die vorliegenden Positionen verabschiedet. Zuvor wurden die einzelnen Themen in den IHK-Gremien besprochen. Gemeinsam haben wir daher die vergangenen Monate genutzt, um unsere grundlegende Positionierung zu den für uns wichtigen Themen zu erarbeiten und über das neue, digitale Meinungsbildungsportal der IHK hatte jedes der rund 170.000 IHK-Mitgliedsunternehmen die Möglichkeit, sich in den Prozess der Meinungsbildung einzubringen.

Auf dieser Grundlage werden wir jetzt aufbauen und Perspektiven für die IHK-Region entwickeln. Wir werden als Interessenvertretung der Wirtschaft Forderungen erheben und Vorschläge unterbreiten. Wir fragen, wie

wir unsere Region innovativ und nachhaltig gestalten, welchen Rahmen wir für Bildung, Handel, Industrie oder Außenwirtschaft brauchen. Und wir wissen auch, dass diese Positionen nicht starr sind, sondern sich an künftige Herausforderungen anpassen werden müssen. Unverrückbar ist aber eines: die Orientierung am Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir danken allen ehrenamtlich aktiven Mitgliedern in unseren Ausschüssen, der Vollversammlung und des Präsidiums, den Unternehmerinnen und Unternehmern die uns Anregungen mit auf den Weg gegeben haben und unseren Mitarbeitenden, die am Ende die vielen guten Ideen zu unserem Positionspapier zusammengefasst haben.



Gerhardt Oppermann
Präsident



Maïke Bielfeldt
Hauptgeschäftsführerin



Positionen der IHK Hannover 2021

Die Positionen der IHK Hannover 2021 sollen die Grundlage unserer Arbeit für die kommenden Jahre bilden. Sie sind gemeinsam mit der Wirtschaft im IHK-Bezirk Hannover, in einem transparenten Verfahren, erarbeitet worden.

Die grundsätzliche ordnungspolitische Ausrichtung sollte unabhängig von kurzfristigen Einflüssen bleiben und gerade in schwierigen Phasen Bestand haben, um den Marktteilnehmern einen sicheren und verlässlichen Orientierungsrahmen zu bieten. Unsere Soziale Marktwirtschaft, die sich in den letzten Jahrzehnten als Erfolgsmodell bewährt hat, dient dabei als klares Leitbild. Dieses beruht auf den grundlegenden Prinzipien von Freiheit, Eigenverantwortung, Privateigentum, Wettbewerb, offenen Märkten und verlässlicher Wirtschaftspolitik. Eine solche Wirtschaftsordnung setzt einen Rahmen für alle Marktteilnehmer ohne überbordende staatliche Regulierung und unverhältnismäßige Bürokratie. In unverschuldeten Notlagen – bei Menschen wie auch Unternehmen – sollte der Staat unterstützend eingreifen, nach Möglichkeit aber nicht als Daueralimentation, sondern überbrückend und befähigend, denn grundsätzlich sollten Handlung und Haftung eine Einheit bilden.

Marktmechanismen und Wettbewerb stärken

In Krisen ist es sinnvoll, dass der Staat mit Hilfs- und Überbrückungsmaßnahmen für unverschuldet in Not geratene Unternehmen in das Marktgeschehen eingreift. Diese gravierenden Eingriffe in Ausnahmesituationen wie der Corona-Pandemie sollten aber immer nur temporärer Natur sein und möglichst schnell beendet werden, um die Selbstheilungskräfte des Wirtschaftssystems nicht zu behindern. Dauerhafte Subventionen bergen die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen und Fehlallokationen, die die wirtschaftliche Entwicklung langfristig negativ beeinflussen, statt das Wachstum zu erhöhen.

Die IHK-Region Hannover





Die IHK-Gebäude am Schiffgraben
in Hannover

Staatliche Aktivitäten auf Kernaufgaben konzentrieren – Rahmen für erfolgreiches Wirtschaften setzen

Der Staat sollte sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Dazu zählt insbesondere das Setzen geeigneter Rahmenbedingungen, die neben dem Schutz des Wettbewerbs beispielsweise auch die Sicherstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur umfassen. Dabei muss es das Ziel sein, unserer Wirtschaft – insbesondere dem innovativen, flexiblen und über viele Jahre sehr wettbewerbsfähigen Mittelstand – zu ermöglichen, auch zukünftig ihre Stärken auszuspielen. Dazu werden keine Dauersubventionen benötigt, sondern es muss ein verlässliches Investitionsklima geschaffen werden. Das umfasst unter anderem ein investitionsfreundliches Steuersystem und regulatorische Rahmenbedingungen, die Innovationen fördern, statt zunehmende bürokratische Belastungen, Überregulierungen und nur schwer abzuschätzende Energiepreise. Eingriffe in den Marktmechanismus, staatliche Vorgaben zur Nutzung des Eigentums oder zur Höhe des Preises oder Mietzinses darf es nur in den seltenen Fällen von Marktmissbrauch oder Marktversagen geben.

Offene Märkte – Freihandel stärken

Nach einem langen Trend Richtung Globalisierung sowie zunehmender internationaler Arbeitsteilung und Spezialisierung waren in den vergangenen Jahren weltweit verstärkt protektionistische Tendenzen und zunehmende Handelskonflikte zu beobachten. Durch die Coronapandemie wurde dies noch einmal deutlich verstärkt. Offene Märkte sind aber gerade für unsere stark internationalisierte Wirtschaft von elementarer Bedeutung, nicht nur für den Absatz von Waren, sondern auch im Rahmen grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten. Daher benötigen wir eine Stärkung des regelbasierten Welthandelssystems, neue Handelsabkommen und weitere zollrechtliche Vereinfachungen, um den internationalen Handel verlässlicher und weniger anfällig für politische Störungen zu machen.

Subsidiarität ausbauen, Selbstverwaltung stärken

Entscheidungen sollten nach Möglichkeit auf der Ebene gefällt werden, auf der die Kenntnis der Umstände und Auswirkungen der Regeln am größten ist. Nur so ist sicherzustellen, dass die vielfältigen regionalen Unterschiede bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Wir benötigen einen Wettbewerb um die besten Regeln und Rechtssetzungen – sowohl bundes- als auch europaweit – statt eines Top-Downs, das kaum Spielräume zulässt.

Im Sinne einer funktionierenden und gelebten Subsidiarität übernehmen Industrie- und Handelskammern als Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft Verwaltungsaufgaben, die ansonsten durch den Staat erbracht werden müssten. Auf diese Weise können die Bedürfnisse der Unternehmen stärker berücksichtigt werden und die Leistungen für die Mitglieder praxisnah, möglichst unbürokratisch und kostengünstig umgesetzt werden. Darüber hinaus vertritt die IHK die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber Staat und Gesellschaft zu wirtschaftspolitischen Themen. Diese Gesamtinteressenvertretung setzt jedoch eine Pflichtmitgliedschaft voraus, da nur so gewährleistet werden kann, dass alle Meinungen, insbesondere auch die der kleineren Unternehmen, in den Meinungsbildungsprozess einfließen können.

Nachhaltigkeit richtig verstehen und fördern

Nachhaltigkeit ist nicht eindimensional, sondern hat wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte. All diese Komponenten sind von Bedeutung, wenn Deutschland auch zukünftig lebenswert und als Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig sein soll. Soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz stehen nicht im Widerspruch zu einer prosperierenden Wirtschaft, vielmehr lassen sie sich langfristig nur mit einer starken Wirtschaft realisieren.



Position

1

Wie gestalten wir eine digital vernetzte Region?

Wie ist es?

Die Digitalisierung sämtlicher Bereiche in Wirtschaft und Gesellschaft hat die Anforderungen an die Datennetze in den vergangenen Jahren grundlegend geändert. Die Verfügbarkeit von schnellem Internet ist ein wichtiger Standortfaktor. Auch die Bundesregierung hat dies erkannt und sich im Koalitionsvertrag von 2018 einen flächendeckenden Ausbau mit Gigabit-Netzen bis 2025 zum Ziel gesetzt. Problematisch ist, dass aus EU-rechtlichen Gründen bisher nur Gebiete mit einer Bandbreite von weniger als 30 Mbit/s als nicht ausreichend versorgt und damit als förderfähig gelten. Im jetzt mit der EU gefundenen Kompromiss wurde diese Aufgreifschwelle auf 100 Mbit/s angehoben, bevor sie ab 2023 ganz entfallen wird.

Die Corona-Krise hat noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig leistungsfähige Breitbandanbindungen, die Sicherheit von Daten und Informationen, digitale Verwaltungsleistungen sowie die Nutzung von Cloud-Infrastrukturen und Plattformen sind und dass hier erheblicher Handlungsbedarf besteht.

So hinkt der Ausbau der Netze weit hinter den Anforderungen her. Aktuell verfügen nur rund fünf Prozent der Gewerbestandorte über einen Glasfaseranschluss. Die Mobilfunkabdeckung ist lückenhaft. Mit zunehmender Digitalisierung nimmt die Angriffsfläche für Cyberkriminalität zu. Schutzmaßnahmen sind oft nicht ausreichend.



nur rund **5%**
der Gewerbestandorte
verfügen über einen
Glasfaseranschluss.

Gleichzeitig steigen mit der wachsenden Bedeutung von Cloud-Anwendungen die Anforderungen an eine sichere Datenübertragung und die Datensicherheit. Die Digitalisierung der Verwaltungsleistungen und der Schulen kommt nur sehr schleppend voran.

Wie soll es sein?

Die digitale Vernetzung wird in den kommenden Jahren immer stärker in den Blickpunkt rücken. Die „Fabrik der Zukunft“, in der Maschinen, Prozesse, Werkzeuge und Menschen vernetzt arbeiten, eHealth, autonomes Fahren, Fernwartung und Smart Cities/Regions, in denen die Bewohner mit der umgebenden Technik interagieren und Abläufe optimieren: Dies sind nur einige der Schlagwörter. Viele dieser Lösungen sind auf mobile Breitbandanbindungen angewiesen. Notwendig hierfür sind hochbitratige, symmetrische und sichere Übertragungsmöglichkeiten mit geringen Latenzzeiten.

Das können die noch im Aufbau befindlichen 5G-Netze bieten. Erst mit diesen sind die Einbindung von Millionen von Sensoren bei extrem niedrigen Reaktionszeiten oder hohen Bandbreiten möglich. Aktuell wird die Technik in Testfeldern wie im Landkreis Göttingen im „Health5Gnet“ Projekt zur innovativen Patientenversorgung oder in Northeim für die Präzisionslandwirtschaft erprobt.

Die Bewerbung der Landeshauptstadt Hannover als 5G-Pilotregion mit den Hallen und Flächen der Deutschen Messe AG als Testgelände soll neue Geschäftsmodelle und Start-Ups ermöglichen.

Damit die digitale Transformation gelingt, müssen sich Daten- und Informationssicherheit in der Breite der Unternehmerschaft durchsetzen. Alle staatlichen Handlungskonzepte sollten gesamtstrategisch aufeinander abgestimmt sein. Die Bekämpfung von Cyberkriminalität soll nicht vor Ländergrenzen haltmachen und europäisch ausgerichtet sein. Außerdem sollte die Digitalisierung auch in den Kommunen weiter vorangebracht werden. Hier liegt ein großes Potenzial zur Entlastung der Unternehmen.

Im Bereich Bildung bietet die Digitalisierung eine große Chance, Prozesse zu vereinfachen und die Schüler fit für die Anforderungen der Zukunft zu machen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und dem damit verbundenen Bedarf an digitalem und hybridem Unterricht sollte die Digitalisierung der Schulen stärker forciert werden. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen könnten z. B. von digitalen Angeboten für ihre Auszubildenden profitieren. Digitale Lerninhalte könnten hier eine gute Ergänzung bieten und somit das allgemeine Niveau der Ausbildung anheben. Eine stärkere Vernetzung und Koordination der Berufsschulen untereinander und mit den Unternehmen bei der Erstellung von digitalen Lerninhalten kann das Lehrangebot erweitern und stärker an den Bedarf der Betriebe anpassen sowie Doppelarbeit verhindern.

Was brauchen wir?

- ☑ Der flächendeckende Glasfaserausbau (bis in die Gebäude hinein) hat bis spätestens 2025 zu erfolgen. Gewerbegebiete und Unternehmens- und Gewerbestandorte sowie Verkehrswege sollten dabei Priorität haben.
- ☑ Auch eine flächendeckende, leistungsfähige Mobilfunkabdeckung sollte schnellstmöglich aufgebaut werden. Mittelfristig sollte ein flächendeckendes Gigabit-Mobilfunknetz auf dem 5G-Standard errichtet werden.
- ☑ Grundsätzlich sollte der Ausbau der Netze privatwirtschaftlich erfolgen. Gegebenenfalls kann durch Breitband-Voucher der Ausbau initiiert werden.
- ☑ Nur wenn im freien Wettbewerb der notwendige Ausbau nicht möglich ist, sollte dies mit Unterstützung der öffentlichen Hand geschehen. Hierfür sollten Bund und Länder ausreichende Finanzmittel bereithalten, eine konsistente Ausbauplanung einschließlich Controlling durchführen und die Genehmigungsverfahren beschleunigen.
- ☑ Aufgrund der besonderen Bedeutung, die 5G in den kommenden Jahren haben wird, ist der niedersächsische Weg, 5G-Campusnetze zu fördern, zu begrüßen. Grundsätzlich sollten durch Bund und Land sowohl die Förderung von Pilotprojekten intensiviert als auch der Ausbau der 5G-Infrastruktur im Rahmen anderer Baumaßnahmen geprüft werden.
- ☑ Im bundesweiten Kontext soll sich Niedersachsen in einer überschaubaren Cyber-Sicherheitsarchitektur mit klaren Zuständigkeiten der Sicherheitsbehörden wiederfinden. Dort sind Stellen und Kompetenzen entsprechend der zunehmenden Bedarfe auszubauen. Transparenz über Unterstützungsangebote und Behördenstrukturen sind zu gewährleisten.
- ☑ IT-Sicherheit muss als lebenslanges Lernen begriffen werden. Unternehmen sollten kontinuierliche Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen für ihre Belegschaften durchführen. Für Bildung und Sicherheits-Tools sollten breite Unterstützungsangebote staatlicherseits gewährleistet werden. Dazu sollten mehr IT-Sicherheitskräfte in der Breite aus- und fortgebildet werden.
- ☑ Die Wertschöpfungsketten der Wirtschaft hängen von handlungsfähigen Genehmigungsstellen, Straßenverkehrs- oder Baubehörden etc. ab. Entsprechend sollte die Digitalisierung der Verwaltungsleistungen mit Hochdruck vorangetrieben werden.
- ☑ Die notwendigen Ressourcen zur Digitalisierung der Schulen: Erstellung und Integration digitaler Lerninhalte als Ergänzung zum analogen Unterricht müssen bereitgestellt werden.



Auftragsschweißen zur Reparatur von Hochinvestitionsgütern wie Flugzeugturbinenschaufeln (Laser Zentrum Hannover e.V.)

Position

2

Mit welchen Zukunftstechnologien schaffen wir es, eine führende Innovationsregion zu werden?

Wie ist es?

Technologische Trends wie die Digitalisierung, künstliche Intelligenz und die damit verbundene Industrie 4.0, die aktuell durch den European Green Deal weiter an Fahrt aufnimmt, stellen die Wirtschaft vor enorme Herausforderungen. Darin liegt aber auch eine Chance, wenn es gelingt, in zukunftssträchtigen Technologien Vorreiter zu werden.

Für Niedersachsen hat die Automobilindustrie eine besondere Bedeutung. Nicht nur als größter industrieller Wirtschaftszweig und Arbeitgeber, sondern als Innovator, Auftraggeber und Anwender neuer Technologien nimmt sie für Niedersachsen eine strukturprägende Rolle ein. Aufgrund ihrer Verflechtung strahlt sie in weite Teile der mittelständischen Wirtschaft hinein. Sie deckt einen Großteil aller Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen ab und führt regelmäßig das Ranking neuer Technologieentwicklungen an, und das vermehrt auf dem Gebiet der Digitalisierung. Insbesondere die Automobilindustrie steht jedoch vor einem gewaltigen Umbruch: Vor allem der klimapolitisch bedingte weltweite Wechsel auf alternative Antriebe, aber auch die Digitalisierung, das autonome Fahren und neue Mobilitätskonzepte verändern die Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten grundlegend.

Eine Reihe neuer Produkte und Anwendungen ermöglicht außerdem bereits heute kleine funktionale, integrierte Schaltungen sowie neue Datenverarbeitungsverfahren zum Beispiel in der Steuerungselektronik zur Fahrerunterstützung oder in der robotergesteuerten Prozess-

▷ Künstliche Intelligenz

ist ein Zukunftsthema, das in viele Branchen und Sektoren ausstrahlt.

automatisierung. In diesem Umfeld bieten sich Unternehmen eine Vielzahl von Geschäftschancen und Gründern diverse Betätigungsfelder mit Wachstumspotenzial. Die Gründungsneigung in der Schnittstelle IT, Verkehr, Mobilitätsdienste und Konnektivität ist in Niedersachsen allerdings relativ schwach. Die Ausgründungsquote aus Hochschulen liegt mit 1,4 je 1000 Studierenden insgesamt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Und das, obwohl Hannover mit über 40.000 Studierenden und Göttingen mit über 30.000 Studierenden große Wissenschaftszentren sind.

Ob in der Medizin, der Produktion oder im Verkehr, Künstliche Intelligenz ist eines der Zukunftsthemen, das in die verschiedensten Branchen und Sektoren ausstrahlt und über die Wettbewerbsfähigkeit der Region mitentscheidet.

Die Gesundheitswirtschaft ist in Deutschland, gemessen an ihrer Wertschöpfung, ein bedeutender Sektor mit Zukunft.

Niedersachsen gehört mit verschiedenen hochkarätigen Kliniken, Forschungseinrichtungen und innovativen privaten Unternehmen zu den Vorreitern im Bereich Medizintechnik und LifeScience. Mitwachsende Herzklappen, selbstauflösende Schrauben oder reproduzierte Haut aus dem 3-D-Drucker sind nur drei Beispiele für die Innovationsstärke in der Region.

Neben der exzellenten Forschungslandschaft ist auch die ausgeprägte Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, die es ermöglicht, Forschungsergebnisse schnell in marktfähige Produkte umzusetzen, ein Garant für den Erfolg der Branche in Niedersachsen.

Wie soll es sein?

Technologischer Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigungssituation in Niedersachsen werden weiterhin eng an die Entwicklung der Automobil- und Mobilitätswirtschaft gekoppelt sein. Insbesondere wird es darauf ankommen, den Strukturwandel aktiv zu begleiten. Die Landesregierung hat daher zu Recht einen Strategiedialog angestoßen. Erste Fördermaßnahmen wurden umgesetzt. Die Anfang 2020 gegründete Automotive Agentur Niedersachsen sollte weitere Maßnahmen koordinieren. Eine Vision und ein Gesamtkonzept mit verschiedenen Handlungsfeldern und zeitlichem Umsetzungsplan zur Begleitung der Transformation stehen aus. Thematisch und regional müssen die richtigen Innovationsstrategien und Förderschwerpunkte gesetzt werden. Um den Markthochlauf alternativer Antriebe zu unterstützen, muss die Politik auch die richtigen Rahmenbedingungen setzen und den Ausbau der Infrastruktur fördern.

Im Zusammenspiel digitaler Technologien ist die Mess-, Sensor- und Regeltechnik ein wichtiger Bestandteil. Südniedersachsen sichert hier bereits ein besonderes wirtschaftliches Knowhow, das weiter ausgebaut werden kann. Die Region Hannover könnte mit einem Zentrum für Nutzfahrzeugtechnik gestärkt werden.

Nicht alle Zulieferbetriebe wurden bisher in den Prozess eingebunden. Die IHK kann hier als Mittler auftreten und sich mit ergänzenden Gesprächsformaten, wie dem Innovationskreis Automobilzulieferer, einbringen, um die regionale und branchenübergreifende Zusammenarbeit zu stärken.

Manche Unternehmen müssen an neue Technologien und Möglichkeiten herangeführt werden. Unternehmen mit einem weniger ausdifferenzierten Portfolio stehen unter Druck, ihre Strategie und Positionierung zu hinterfragen. Nicht jeder Versuch zur Diversifikation, zum Aufbau neuer Services oder der Anwendung neuer Technologien sitzt auf Anhieb. Eine Neuausrichtung und Anpassung von Geschäftsmodellen braucht finanzielle Spiel- und Freiräume sowie Zeit. Die IHK Hannover unterstützt den Strukturwandel und Transformationsprozess: Mit einer Innovationsberatungsstelle gibt sie Tipps zu Projektvorhaben und bietet sogenannte Innovationsaudits mit der NBank an.

Die Förderung von Start-Ups sollte ein zentraler Baustein im Gesamtkonzept sein. Manche Aktivitäten gehen bereits in die richtige Richtung, andere sollten stärker überregional gedacht werden. Entlang der Teststrecke für autonomes und vernetztes Fahren im Autobahndreieck Hannover-Braunschweig-Salzgitter liegt die Ansiedlung technologieorientierter Ausgründungen nahe. Der Raum Hildesheim zeigt bereits

vielversprechendes Knowhow in der Entwicklung telematischer Systeme und multimedialer Software. Circa 10 Prozent der rund 12.500 Studierenden in Hildesheim sind in Studiengängen mit Bezug zur Wirtschaftsinformatik, künstlichen Intelligenz und autonomer Systeme eingeschrieben. Mit weiteren Ansiedlungen kann die vorhandene wirtschaftliche und wissenschaftliche Expertise für das wichtige Technologiethema „KI“ ausgebaut werden. Diese könnte durch einen dynamischen Selbstverstärkungseffekt zur Clusterentwicklung führen. Das Land sollte in einer Standortkampagne die Vorteile aufzeigen und den Ausbau von Gründer- und Technologiezentren fördern. Die IHK kann die Maßnahmen flankierend unterstützen und Kooperationsanbahnung zwischen Start-Ups, Mittelstand und Industrie organisieren.

In der Gesundheitswirtschaft hat sich das Zusammenspiel und der Austausch von universitärer und privater Forschung mit Unternehmen sowie zwischen diesen bewährt und sollte deshalb in Form von Netzwerken/Clustern weiter gestärkt werden.

Was brauchen wir?

- ☑ Das Land sollte den Strukturwandel in der Automobilwirtschaft aktiv begleiten und zügig ein Gesamtkonzept mit verschiedenen Handlungsfeldern zur Unterstützung vorlegen und die konkrete Umsetzung koordinieren. Es braucht eine Vision für den Standort und über die künftige Rolle der Mobilität.
- ☑ Förderung der Ladeinfrastruktur und Wasserstofftankstellen, um alternative Antriebe in der Mobilität voranzubringen.
- ☑ Entschlackung langwieriger Genehmigungsverfahren z. B. für LIS-Ausbau
- ☑ Die Förderung von Start-Ups sollte ein zentraler Baustein sein. Entlang der neuen Teststrecke für autonomes und vernetztes Fahren sollten Gründer- und Technologiezentren entstehen und weitere technologieorientierte Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen angesiedelt werden.
- ☑ Eine professionelle Darstellung der Stärken und Potenziale der Automobilwirtschaft wäre wünschenswert, um eine positive Grundstimmung zu erzeugen und den Standort für potenzielle Investoren, Ansiedlungsprojekte und Fachkräfte bekannt zu machen.
- ☑ In der Gesundheitswirtschaft sollten die bestehenden Cluster und die Forschung weiter gefördert werden, um die starke Position auszubauen.
- ☑ Industrie 4.0: die Vernetzung in der Produktion und der Wartung ist einer der großen Wettbewerbsfaktoren für die Industrie der Zukunft. Daher ist es elementar, dass die Infrastruktur dafür fit gemacht und der Netzausbau beschleunigt wird.



Position

3

Wie entlasten wir unsere Unternehmen von Bürokratie?

Wie ist es?

In Umfragen der IHK stellen Unternehmen die zunehmende Bürokratie regelmäßig als besondere Belastung heraus. Insbesondere die immer weiter ausufernden Dokumentationspflichten und langen Antrags- und Genehmigungsverfahren bremsen das unternehmerische Handeln, belasten Unternehmensressourcen und kosten somit

gleichermaßen Zeit und Geld. Unternehmen beklagen, dass bei Planungsvorhaben ein hoher bürokratischer Aufwand entsteht. Hohe Belastungen birgt nach wie vor die Datenschutz-Grundverordnung. In der Außenwirtschaft hat die Entsenderichtlinie einen hohen Aufwand verursacht. Das ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Hinzu kommt, dass sich der an vielen Stellen entstehende Bürokratieaufwand in den Unternehmen kumuliert.

Bei der Zusammenarbeit mit der Verwaltung sehen Unternehmen den Grad der Digitalisierung öffentlicher Stellen als unzureichend an.

Bürokratielasten entstehen dabei auf allen Ebenen von den Kommunen bis zur Europäischen Union. In Niedersachsen hat sich die Landesregierung zu einem Abbau der Bürokratie bekannt. Wir begrüßen die durch die niedersächsische Landesregierung initiierte „Entlastungs-offensive Mittelstand“ und die 2018 gegründete Stabstelle Bürokratieabbau. Die Clearingstelle des Landes Niedersachsen stellt einen weiteren wichtigen Baustein dar, um zusätzliche Bürokratie zu vermeiden.

Wie soll es sein?

Eine weitere deutliche Senkung von Bürokratieaufwand und -kosten ist das beste Konjunkturprogramm in und vor allem nach der Corona-Krise. Die vergangenen Monate haben aber auch gezeigt, dass sich viele Verfahren abkürzen lassen. Eine digitale Verwaltung würde zudem dazu beitragen, Verfahren erheblich zu erleichtern. Insbesondere Planungszeiten sollten verkürzt und die Prozesse transparenter werden. Vor allem die Energiewirtschaft, industrielle Produktionsbetriebe oder die Entsorgungswirtschaft würden hier besonders entlastet. Wir begrüßen daher die Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen, Genehmigungen von Produktions- und Industrieanlagen unbürokratischer zu gestalten.

Verkürzte Aufbewahrungsfristen für Dokumente tragen dazu bei, den Verwaltungsaufwand in Unternehmen zu reduzieren.

Für den Handel ist eine klare Regelung der Sonntagsöffnung notwendig. Die Tatsache, dass solche Veranstaltungen meist kurzfristig gerichtlich abgesagt werden, nachdem ein nicht unerheblicher Arbeits- und Finanzaufwand durch die Händlerinnen und Händler sowie durch die Citygemeinschaften aufgebracht wurden, ist nicht hinzunehmen. Hier gilt es, einen klaren und mit allen Seiten im Konsens gefundenen Rechtsrahmen zu finden.

▷ Verkürzte Aufbewahrungs- fristen

reduzieren den Verwaltungsaufwand
in Unternehmen.

Was brauchen wir?

Um Unternehmen dauerhaft von Bürokratie zu entlasten, ist eine Digitalisierungsoffensive in der öffentlichen Verwaltung und bei Trägern öffentlicher Belange vonnöten. Eine Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes bis ins Jahr 2022 ist essenziell. Unternehmen können so Anträge digital stellen und das jeweilige Verfahren transparent überblicken. Im Bereich der Genehmigungsverfahren sind Einspruchsrechte nicht betroffener Akteure einzuschränken. Im Bereich des Bundesimmissionsschutzgesetzes sollte das ausschließlich der betroffenen Öffentlichkeit möglich sein. So würden Verfahren schneller umgesetzt und Ressourcen bei den Genehmigungsbehörden freigesetzt.

Bestehende Regelungen sollten zudem einfach und praktikabel sein. Entsprechend plädieren wir für eine Reduzierung der Aufbewahrungsfristen von heute zehn auf fünf Jahre. Existenzgründer sollten für die ersten drei Jahre gänzlich von der statistischen Berichtspflicht entbunden werden. Ebenso spielt die Verlässlichkeit von Regeln eine hohe Rolle. So sollten sich etwa Händler darauf verlassen können, dass die zugesicherten verkaufsoffenen Sonntage nach der Vier-plus-zwei-Regelung pro Jahr durchführbar sind und nicht kurzfristig versagt werden können.

So wichtig der Abbau bestehender Bürokratie und die Vereinfachung von Verfahren durch digitale Verwaltungsangebote sind, so wichtig ist es auch, Bürokratie gar nicht erst entstehen zu lassen. Die Clearingstelle des Landes Niedersachsen wird hierbei eine zentrale Rolle spielen. Sie wird Gesetze prüfen, bevor diese verabschiedet werden und Stellungnahmen abgeben, inwieweit sie zu zusätzlicher Bürokratiebelastung führen. Die Clearingstelle wird dann Alternativen aufzeigen, die Gesetzgeber und Wirtschaft gleichermaßen gerecht werden. Dabei kommt ihr zugute, dass sie eine neutrale Sichtweise einnehmen kann, gleichzeitig aber mit der Stimme der niedersächsischen Wirtschaft spricht.

Dringend nötig ist aber auch ein Einstellungswandel in der Verwaltung: Sie sollte sich stärker in der Verantwortung sehen, gemeinsam mit Unternehmen nach Lösungen zu suchen.



Moderne Fertigungsstätte im Weserbergland:
proFagus GmbH in Bodenfelde

Position

4

Wie stärken wir die ländlichen Räume in unserer Region?

Wie ist es?

Deutschland und auch der IHK-Bezirk Hannover haben in den vergangenen Jahren eine starke Fokussierung auf die urbanen Ballungsräume erlebt, sodass vielerorts die Gefahr besteht, dass ländliche Räume abgehängt werden. In einer Region, die neben großen Städten und attraktiven Mittelzentren auch stark ländlich geprägte Räume vorweist, sind Entwicklungen anzustoßen und zu fördern, die dazu beitragen, dass überall Standorte für Unternehmen attraktiv bleiben und werden.

Wie soll es sein?

Der ländliche Raum sollte stärker als Wirtschaftsstandort wahrgenommen werden. Insgesamt kommt es auch für die ländlichen Räume darauf an, dass die Qualitäten bei den sogenannten harten und weichen Standortfaktoren von der Wirtschaft, aber auch der Bevölkerung positiv bewertet werden.

Ein wichtiger Standortfaktor gerade für den ländlichen Raum ist die Erreichbarkeit. Der Ausbau und der Erhalt von verkehrlicher Infrastruktur inklusive eines klugen Baustellenmanagements sind hierfür unerlässlich. Weiterhin sind im Hinblick auf den Personenverkehr die Anbindung mit dem ÖPNV oder das Angebot von anderen alternativen Mobilitätsmöglichkeiten für eine Region entscheidende Standortfragen. Eine gute Infrastruktur bedeutet neben ausgebauten Straßen-, Schienen- oder Wasserwegen vor allem auch die Ausstattung mit verlässlichen und gigabitfähigen Datenleitungen. Dabei sind leistungsfähige Internetanbindungen sowohl bei der Entwicklung von Gewerbegebieten als auch bei der Ausweisung von Wohngebieten und Realisierung von Bildungseinrichtungen ein wichtiger Standortfaktor.

Darüber hinaus zählen zu den für Unternehmen erforderlichen Standortfaktoren auch solche, die qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort halten. In diesem Zusammenhang ist es für ländliche Räume ganz besonders wichtig, gerade auch jungen Menschen unter dem Gesichtspunkt des Angebotes von gleichwertigen Lebensverhältnissen eine zukunftsfähige Bleibeperspektive zu bieten.

Insbesondere junge Menschen benötigen eine zukunftsfähige

▷ Bleibe- perspektive im ländlichen Raum.

Kommunen müssen daher bei ihrer Siedlungspolitik Arbeits-, Bildungs- und Wohnorte aufeinander abstimmen. Eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik von Unternehmen bietet der Bevölkerung wohnortnahe Arbeitsplätze und steigert gleichzeitig die Attraktivität einer Region. Auch die medizinische Versorgung spielt bei Ansiedlungsentscheidungen eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Eine ausreichende Versorgung mit Hausärzten, Apotheken sowie Fachärzten in der Umgebung wird als wichtiger Aspekt für die Attraktivität eines Standortes gesehen. Dasselbe gilt für Krankenhäuser und die Notfallversorgung. Für Unternehmen ist es von einem vitalen Interesse, dass die medizinische Versorgung auch im ländlichen Raum sichergestellt ist.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in urbanen wie in ländlichen Regionen zu erlangen, setzt handlungsfähige Kommunen voraus. Nur Kommunen mit geordneten Finanzen, die sparsam haushalten, können in ihre Standortqualität investieren und zeigen Unternehmen ein langfristiges Entwicklungspotenzial auf.

Was brauchen wir?

Mit Blick auf die gewerbliche Entwicklung haben Politik und Verwaltung zunächst sicherzustellen, dass auch in ländlichen Räumen infrastrukturell attraktive Gewerbeflächen zur Verfügung stehen. Die Anbindung an regionale und überregionale Verkehre ist hierfür ebenso wichtig wie der Ausbau des ÖPNV. Wo sich im Personenverkehr Linienverkehre nicht wirtschaftlich anbieten lassen, haben alternative Konzepte wie Car-Sharing oder ergänzende Taxiverkehre unbürokratisch organisiert zu werden.

Alle Gewerbegebiete sind mit leistungsfähigen Breitbandnetzen auszustatten. Kommunen sollten hierzu die Möglichkeit erhalten, vor Ort entsprechend der lokalen Bedarfe in solche Netze zu investieren, falls dies seitens der Netzbetreiber nicht erfolgt. Ein flächendeckender LTE-Standard beim Mobilfunk ist ebenso obligatorisch. Die Digitalisierung bietet den ländlichen Räumen die Chance, bestehende Standortnachteile zu kompensieren. Es braucht nicht nur Smart-Citys, sondern auch Smart-Regions.

Grundsätzlich haben die Rahmenbedingungen zu stimmen, um Ansiedlungen privatwirtschaftlicher Unternehmen zu fördern. Dazu zählen für den Standort angemessene Steuern und Abgaben, planungssichere Gewerbeflächen und eine unbürokratisch agierende, unternehmensfreundliche Verwaltung. Neben den Neuansiedlungen ist auch die Bestandspflege für bereits ansässige Unternehmen unerlässlich. Nicht selten befinden sich die sogenannten „Hidden Champions“ im ländlichen Raum und sind dort für die regionale Entwicklung wichtige Akteure. Durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen können bestehende Unternehmen weiterentwickelt und so zu Aushängeschildern einer Region werden.

Weiterhin gilt es, ein attraktives und umfassend ausgestattetes Wohnumfeld für die Menschen zu schaffen, das auch den demografischen Entwicklungen gerecht wird und wohnortnahe Bedarfsangebote vorhält. Dabei ist allerdings darauf zu achten, dass bestehende Gewerbebetriebe nicht durch eine heranrückende Wohnbebauung in ihrer betrieblichen Entwicklung eingeschränkt werden.

Erreichbarkeit und Qualität der medizinischen Versorgungseinrichtungen sind dauerhaft sicherzustellen. Notfallversorgungen sind aufzubauen und ambulante therapeutische Einrichtungen zu fördern. eHealth-Angebote können den Zugang zu medizinischer Versorgung erleichtern. Die Versorgung mit medizinischem Fachpersonal ist ebenso sicherzustellen, wie nachhaltige Investitionen in die regionale Krankenhausinfrastruktur.



Stärken des stationären Handels:
Exzellente Beratung und hoher Wohlfühlfaktor

Wie sehen die Innenstädte der Zukunft aus?

Wie ist es?

In den Innenstädten und Ortskernen findet seit vielen Jahrhunderten das gesellschaftliche Leben statt. Hier treffen Handel, Gastronomie und Tourismus, Dienstleistungen, Arbeit, Wohnen, Kunst und Kultur aufeinander. Dabei unterliegen die Zentren einem permanenten Wandel. Die Treiber dafür sind gegenwärtig insbesondere Digitalisierung, demografische Entwicklung, Klimawandel und verändertes Kundenverhalten.

Neben der „grünen Wiese“ setzt vor allem der stetig zunehmende Onlinehandel den klassischen Einzelhandel unter Druck. Hinzu kommt die Corona-Pandemie, die wie ein Brandbeschleuniger den ohnehin stattfindenden Strukturwandel befeuert. Betroffen sind hiervon vor allem Kernsortimente der Zentren mit erheblicher Magnetwirkung wie Bekleidung, Textilien und Schuhe.

Gleichzeitig ist ein verändertes Verbraucherverhalten zu beobachten. Viele Kundinnen und Kunden kaufen sowohl online als auch stationär ein. Dabei erwarten sie im Ladenlokal zunehmend mehr als nur Ware, nämlich ein rundum attraktives Angebot – sprich ein „Erlebnis-Shopping“ – als Kontrapunkt zum virtuellen Einkauf.

Der stationäre Handel ist derzeit prägend für die Attraktivität der Zentren. Somit besteht die Gefahr, dass durch Frequenzverluste und die damit einhergehenden Leerstände bzw. Trading-Down-Effekte ein irreversibler Schaden für Struktur und Funktionalität der Zentren entsteht. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass Filial- und Franchise-konzepte im Vergleich zu den inhabergeführten „Einzelkämpfer-Betrieben“ eine stärkere Resilienz zeigen. In der Folge werden die Einkaufsstraßen zunehmend uniformer.

Wie soll es sein?

Der stationäre Handel wird – allen Unkenrufen zum Trotz – auch künftig eine zentrale Rolle für lebendige Innenstädte und Ortskerne spielen. Allerdings sollte intensiver als bislang eine multifunktionale Nutzung der Zentren das Leitbild sein, das von allen Stakeholdern gemeinsam verfolgt wird.

Der Einzelhandel sollte die vielfach bereits begonnenen Maßnahmen zur Digitalisierung weiter ausbauen. Vor allem sollte der stationäre Handel seine Stärken nutzen und mit exzellenter Beratung und hohem Wohlfühlfaktor Einkaufserlebnisse bieten, die das Internet nicht hat.

Im öffentlichen Raum sollten Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit selbstverständlich sein, um ein entspanntes Shoppen zu ermöglichen. Eine kreative Nutzung freier Flächen sollte die Aufenthaltsqualität verbessern. Dabei sollten die Zentren hybrid als Erlebnisraum mit digitalen Elementen verstanden werden.

Die Standorte sollten die Auswirkungen großflächiger Einzelhandelskonzepten außerhalb der Zentren sorgfältig prüfen.

Die Immobilieneigentümer spielen eine zentrale Rolle für die künftige Ausgestaltung der Innenstädte und Ortskerne. Deswegen sollten sie insbesondere mit Blick auf einzelne Quartiere in diesen Transformationsprozess einbezogen werden.

Was brauchen wir?

Einzelhandelskonzepte sind ein wirkungsvolles Instrument, um die baurechtlich besonders schützenswerten Ortskerne und anderen Einkaufslagen strategisch zu entwickeln. In mehr als der Hälfte aller niedersächsischen Kommunen gibt es ein solches Konzept jedoch nicht, oder nur in veralteter Form. Die IHK Hannover ist gerne bereit, die Erstellung von kommunalen Einzelhandelskonzepten in Lenkungsgruppen aktiv zu begleiten.

Das „Niedersächsische Quartiergesetz“ (NQG) unterstützt eine enge Zusammenarbeit von Unternehmen, Immobilienbesitzern, Standortgemeinschaften und Kommunen in sogenannten „Business Improvement Districts“ (BIDs). Neben Vorhaben „on top“ zu kommunalen Investitionen und Leistungen lassen sich damit auch kreative Formate wie Pop-up-Stores, Ladenleerstandsmanagement etc. realisieren. Parallel sollte geprüft werden, ob der Landeswettbewerb „Quartiersinitiative Niedersachsen“ (QIN) neu aufgelegt werden kann. Die IHK Hannover ist gerne bereit, Pilotprojekte und Wettbewerbe für NQG und QIN zu identifizieren und zu unterstützen. Die dafür notwendige (Anschub-)Finanzierung sollte durch das Land zur Verfügung gestellt werden.

Unternehmen und Standortgemeinschaften sollten durch niedrigschwellige Förderprogramme bei ihren Digitalisierungsvorhaben unterstützt werden. Dabei sollten auch betriebsübergreifende Services wie z. B. gemeinsame Lieferdienste förderfähig sein. Gleichzeitig sollte der stationäre Handel vor allem das Erlebnis Einkaufen betonen. Die IHK Hannover befördert diesen Aspekt u. a. als Ideengeber und mit der Kampagne „Heimat shoppen“.

Mit verkaufsoffenen Sonntagen lässt sich die Vitalität von Zentren betonen. Die IHK Hannover unterstützt das Land im Zusammenspiel mit der IHK Niedersachsen bei der Suche nach einer rechtssicheren und unbürokratischen Lösung.

Das häufig ehrenamtliche Engagement von Standort- und Werbegemeinschaften sollte eng mit dem Stadtmarketing verzahnt werden. Mit dem IHK-Forum Stadtmarketing und dem IHK-Zertifikatslehrgang City- und Quartiersmanager unterstützt die IHK Hannover bei der Professionalisierung dieser wichtigen Aufgaben.



E-Mobilität auf dem Prüfstand:
TÜV Nord

Position
6

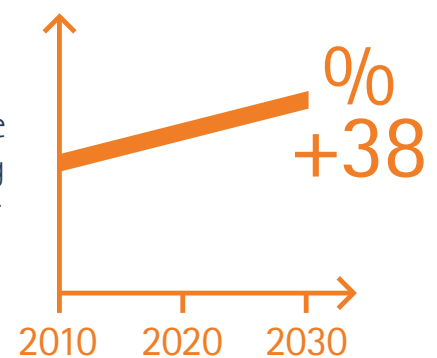
Wie gestalten wir die Mobilität von morgen?

Wie ist es?

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg und die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft. Seit Jahren ist das Verkehrswachstum ungebrochen. Die Prognose für den aktuellen Bundesverkehrswegeplan geht von einer weiteren Zunahme der Verkehrsleistung im Güterverkehr von 2010 bis 2030 um 38 Prozent aus. Trotz Corona-Pandemie, die gegenwärtig zu einem verringerten Verkehrsaufkommen führt, ist eine Trendwende nicht absehbar.

Im Güterverkehr trägt die Straße mit einem Anteil von 74 Prozent an der Gesamtleistung die Hauptlast. Danach folgen der Schienengüterverkehr mit 14 Prozent und die Binnenschifffahrt mit rund 7 Prozent Anteil.

Prognose für die Verkehrsleistung im Güterverkehr



Die ▷ Verkehrs- infrastruktur

wird den Anforderungen nur noch eingeschränkt gerecht.

Die Verkehrsinfrastruktur aller Verkehrsträger wird den Anforderungen nur noch eingeschränkt gerecht. Engpässe und ein teilweise kritischer Erhaltungszustand gerade bei Brücken führen zu Staus, Umwegfahrten und hohen Kostenbelastungen. Schwertransporte sind teilweise kaum noch durchführbar. Entsprechend stehen die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur und die zügige Umsetzung von Bau- und Erhaltungsmaßnahmen seit Jahren im Mittelpunkt der politischen Diskussion.

Gleichzeitig stellen die Umweltbelastungen des Verkehrs eine immer größere Herausforderung dar. So konnten bisher trotz technologischer Fortschritte die Klimaschutzziele im Verkehrssektor nicht erreicht werden. Folge sind Forderungen nach restriktiven Maßnahmen im Straßenverkehr sowie einer grundsätzlichen Verkehrswende. Besonders im Fokus steht dabei der städtische Verkehr. Es gilt Lösungen zu entwickeln, mit denen die Einhaltung der Umweltbelange erreicht und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhalten wird.

Wie soll es sein?

Dem straßengebundenen Verkehr wird aufgrund von Güterstrukturen, der Häufigkeit von Fahrten und Verkehrsrelationen auch weiterhin eine zentrale Rolle zukommen – dies setzt eine entsprechend leistungsfähige Infrastruktur voraus. Auch der Luftverkehr wird unverändert aufgrund seiner speziellen und hochwertigen Qualitätsmerkmale eine besondere Bedeutung haben, wofür zukunftsfähige Rahmenbedingungen erforderlich sind. Politik und Gesellschaft sollten dies anerkennen.

Darüber hinaus ist es erforderlich, die Potenziale zur Verlagerung des Verkehrs stärker zu nutzen. Aufgrund veralteter und überlasteter Infrastrukturen sind hierfür erhebliche Investitionen in Infrastrukturausbau und technologische Lösungen wie insbesondere die Digitalisierung erforderlich.

Verlässliche Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene sind zentrale Voraussetzungen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Verbote, Beschränkungen und Verteuerungen insbesondere auf regionaler Ebene sollten vermieden werden, da sie die Wirtschaft schwer belasten und der Umwelt meist wenig helfen: Durch eine Innenstadt, die aufgrund eingeschränkter Erreichbarkeit ihre wirtschaftliche Basis einbüßt, wird Mobilität nicht umweltfreundlicher, wenn die Kunden stattdessen an Außenstandorten mit dem Pkw ihre Einkäufe erledigen.

Die erforderliche Transformation zu einem umweltfreundlichen Verkehrssystem sollte deshalb primär über technologische Lösungen erfolgen: Alternative Antriebe oder Kraftstoffe, innovative Logistik- und Mobilitätskonzepte, Digitalisierung oder autonomes Fahren können hier zentrale Ansatzpunkte liefern.

Was brauchen wir?

- ☑ Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sollten trotz hoher finanzieller Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Corona-Pandemie für alle Baulastträger auf auskömmlichem Niveau verstetigt werden. Die Zweckbindung der Einnahmen aus der LKW-Maut für die Bundesfernstraßen sollte beibehalten werden.
- ☑ Erhalt sollte vor Neubau stehen, wobei insbesondere Brücken vorrangig, gegebenenfalls mit einem Sonderprogramm des Bundes, ertüchtigt werden sollten. Hauptverkehrsachsen und -knoten sowie Lückenschlüsse sollten Priorität haben.
- ☑ Planverfahren sind schneller durchzuführen. Dauer und Komplexität belasten die Wirtschaft und hemmen den Umbau zu einem umweltfreundlicheren Verkehrssystem. Die Beschleunigungsansätze auf Bundes- und Landesebene sind richtig und sollten konsequent fortgeführt werden. Die IHK-Organisation steht hier gern unterstützend bereit.
- ☑ Alternative Antriebe sind zentrale Voraussetzung für umweltfreundlichen Verkehr. Um die Marktdurchdringung zu erreichen, sollte eine flächendeckende und hochwertige Versorgungsinfrastruktur (z.B. Schnellladesäulen inkl. Netzinfrastruktur/Wasserstofftankstellen) geschaffen werden.
- ☑ Digitalisierung und Automatisierung bieten in Smart-City eine Vielzahl von Ansatzpunkten für effizientere Verkehrsabläufe. Dieses Thema sollte von den Kommunen konzeptionell vorangetrieben werden.
- ☑ Mobilitäts- und Logistikkonzepte sind zentrale Voraussetzungen für einen zielgerichteten und abgestimmten Plan zur Entwicklung und zum Umbau des Verkehrssystems. Gerade im städtischen Verkehr sollten anstelle kaum koordinierter Einzelmaßnahmen Gesamtverkehrskonzepte entwickelt werden, die der Wirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen bei der Lösung der Zielkonflikte bieten. Dabei sollten Innenstädte für Wirtschafts- und Kundenverkehr gut erreichbar bleiben und mobilitätsbeschränkende Maßnahmen, die auf Verdrängung zielen, vermieden werden. Die IHK steht bei der Konzeptentwicklung gern beratend zur Verfügung.
- ☑ Ein wesentliches Hemmnis für eine emissionsarme Belieferung der Stadt stellen fehlende innenstadtnahe Logistikflächen dar. Hier sollte von den Kommunen ausreichend Flächen für Microdepots und umfangreichere logistische Tätigkeiten sowie Ladezonen bereitgestellt werden.
- ☑ Bei der Lösung der Verkehrsprobleme sollten innovative Ideen (Hyperloop, Seilbahnen für den Stadtverkehr etc.) ergebnisoffen diskutiert werden.
- ☑ Verkehrsanbindung und ÖPNV sollte auch für ländliche Regionen gestärkt werden.
- ☑ Es sollten verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die für alle Verkehrsträger eine zukunftsfähige Entwicklung ermöglichen.



Wie vernetzen wir Wirtschaft und Wissenschaft effektiver?

Wie ist es?

Beim Wissens- und Technologietransfer fängt das Land nicht bei null an. In der Innovations- und Technologiepolitik sind entsprechende Ziele gesetzt, Forschungsinfrastruktur und Netzwerkstrukturen vielfältig. Die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und das unternehmerische Umfeld für Innovationen bewerten mehr als die Hälfte der Unternehmen in aktuellen IHK-Umfragen mit gut bis sehr gut. Selbst im Corona-Lockdown haben F&E-Aktivitäten in mehr als jedem vierten produzierenden Unternehmen zugenommen; 42 Prozent planen Neuerungen. Bereits vor der Corona-Krise war eine konsequente Ausrichtung auf sich schnell verändernde Märkte und die Vernetzung mit kompetenten Partnern das Rezept für die Zukunft. Vor allem im engen Austausch mit Kunden und Lieferanten sehen dabei Unternehmen zunehmend bessere Chancen, komplexe Herausforderungen, wie die Digitalisierung, erfolgreich zu meistern. Ein Drittel der Befragten will stärker als zuvor wissenschaftliche Institutionen einbinden. Kleinen Unternehmen im ländlichen Raum fällt es deutlich schwerer, geeignete Kooperationspartner zu finden. Insbesondere sinkt die Kooperationsbereitschaft, wenn es sich um Neueinsteiger im Innovationsgeschäft handelt und Kapazitäten sowie Organisation nicht für abstimmungsintensive Projekte ausgelegt sind.

Wie soll es sein?

Je mehr innovative Akteure in einer Region zusammenkommen, desto höher ist der gegenseitige Nutzen und umso eher verstärken sich positive Effekte. Eine vielfältige Wissenschaftslandschaft ist ein wichtiger Treiber für Innovationen und Technologiesprünge, da sie persönliche Kontakte und informelle Lernprozesse befördert. Ein Ersatz für die abgeschaltete Plattform „Forschungsprofile Niedersachsen“ könnte den Prozess unterstützen, wenn Transferangebote, Forschungsthemen und Ausstattungen sowie Unterstützungsangebote recherchierbar und sichtbar sind. Reine Digitallösungen schaffen aber nicht automatisch den fehlenden Zugang von Unternehmen zu Hochschulangeboten. Unternehmen brauchen vor allem erfahrene „Kümmerer“ an ihrer Seite, die ihre Sprache sprechen, Hemmschwellen abbauen und sie als Lotse persönlich an die Hand nehmen sowie über viele Jahre immer wieder begleiten.

Vieles an öffentlichen Forschungseinrichtungen ist eher verwaltungsorientiert ausgelegt: Publikationen und Drittmittelakquise scheinen wichtiger als erfolgreiche Ausgründungen, Netzwerkveranstaltungen oder die praktische Umsetzung von Forschungsergebnissen.

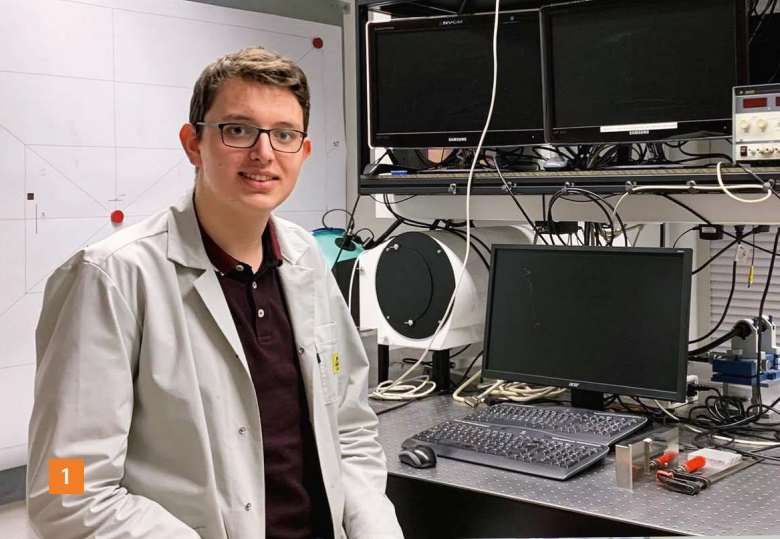
Das vom Bundeswirtschaftsministerium geförderte Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum in Hannover ist ein gutes Beispiel, wie technisches Know-how aus wissenschaftlichen Einrichtungen in erfolgreiche Netzwerkarbeit in enger Verzahnung mit der IHK übertragen werden kann, um Unternehmen für die Anwendungsmöglichkeiten der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz zu sensibilisieren. Auch die offenen Innovationslabore vom Zentrum für digitale Innovationen

Niedersachsen bieten Raum für Forschungsprojekte und die Vernetzung von Akteuren, Ideen sowie Konzepten aus Forschung und Praxis. Der Förder- und Transferansatz sollte verstärkt auch in andere Technologiebereiche in Niedersachsen einfließen. Mit Hilfe der Erfahrung und Expertise der IHK können solche Angebote inhaltlich weiter profiliert und in Regionen mit weißen Flecken getragen und einem breiteren Unternehmensumfeld zugänglich gemacht werden.

Kooperationen sind von strategischer Bedeutung. Mit ihrer langjährigen Erfahrung unterstützt die IHK-Innovationsberatung mit vertraulichen Tipps und bietet eine Orientierungshilfe in allen Phasen. Sie bereitet Technologieinformationen und -angebote verständlich auf, zeigt gute Praxisbeispiele in Instituts- und Besuchsprogrammen und begleitet Transferinitiativen aktuell mit den Schwerpunkten Industrie 4.0 und Automotive.

Was brauchen wir?

- ☑ Die strategischen Ziele im Wissens- und Technologietransfer sollten konsequent und mit langem Atem umgesetzt werden. Entsprechende Vorgaben sind stärker in öffentlichen Forschungseinrichtungen zu verankern und Transferstellen langfristig abzusichern. Informations- und Kommunikationssysteme können den Prozess unterstützen.
- ☑ Neben der Bereitstellung entsprechender Forschungsinfrastruktur sollten kleinere Unternehmen in der Fläche vom Technologie- und Wissenstransfer profitieren können. Die guten Ansätze aus dem Südniedersachsenplan (SNIC) sollten fortgesetzt und auf andere Regionen übertragen werden.
- ☑ Der Ansatz, offene Fördertöpfe direkt an Instituten anzulagern und in offenen Denk- und Experimentierräumen schnell in den Transfer mit der Wirtschaft zu kommen, sollte verstärkt in die Förderlandschaft einfließen und mit Hilfe der IHK aufgebaut und in die Regionen getragen werden.
- ☑ Transfer gelingt häufig über Köpfe. Unternehmen brauchen erfahrene Vermittler. Die im Innovationsnetzwerk Niedersachsen organisierten Innovations-, Transfer und Wirtschaftsförderer, darunter die IHKs, sollten als Erstansprechpartner in ihrer Vermittlerrolle gestärkt und die Qualität durch landesweite Schulungen sichergestellt werden. Gemeinsam mit dem Land sollten Prozesse sowie Förderstrukturen im Wissens- und Technologietransfer weiter professionalisiert werden.



1



3



2



4

1 Vincent Heise, Auszubildender zum Elektroniker für Geräte und Systeme bei Kappa optronics GmbH, Gleichen

3 Clara Ritter, Auszubildende als Immobilienkauffrau bei Gundlach Bau und Immobilien GmbH & Co. KG; Hannover

2 Julius Voigt und Tabea Bussas, Auszubildende zu Kaufleuten für Groß- und Außenhandelsmanagement bei SAATEN-UNION GmbH; Isernhagen

4 Juan Cift, Auszubildender als Karosserie- und Fahrzeugbaumechaniker bei Mercedes Benz AG; Hannover

Position

8

Wie stellen wir eine hochklassige Ausbildung unserer Fachkräfte von morgen sicher?

Wie ist es?

Demografiebedingt sowie aufgrund des Strukturwandels wird sich der Mangel an beruflich qualifizierten Fachkräften weiter verstärken. **Der Report des Bundesinstituts für Berufsbildung 4/2020 prognostiziert im Bereich der Fachkräfte mit beruflichem Abschluss im Jahr 2040 einen negativen Saldo von rund 2,4 Millionen Arbeitskräften.**

Trotz Corona herrscht in der IHK-Region Konsens unter allen Beteiligten, dass die Fachkräftesicherung weiter eine bedeutende Herausforderung darstellt und mittelfristig wieder verstärkt in den Fokus rücken wird. Gesetzt sind somit die Themen duale Berufsausbildung inkl. dualem Studium, Höhere Berufsbildung, Weiterbildung, eine entsprechende Anpassung der Qualifizierungswege und -maßnahmen

(z. B. Teilqualifikationen, Anpassungsqualifizierung, bedarfsgerechte Umschulungen), Werbung für den Weg der beruflichen Bildung (z. B. IHK-Qualitätssiegel, berufliche Orientierung, Offene Hochschule) sowie Fachkräftegewinnung (z. B. „Adelante“). Gerade die verschiedenen

2040 fehlen rund
 ▷ **2,4 Mio.**
Arbeitskräfte
 mit beruflichem Abschluss.

Qualifizierungswege können eine Chance für die Anpassung der Beschäftigten an den Strukturwandel darstellen.

Die durch die Corona-Pandemie hervorgerufene Situation hat zusätzlich gezeigt, wie wichtig moderne Lern- und Arbeitsarrangements sind und hat dem Thema Digitalisierung noch einmal einen Schub gegeben.

Wie soll es sein?

Es ist notwendig, dass Ausbildungsberufe agil novelliert und an künftige Anforderungen angepasst werden. Dies geschieht derzeit bereits vor allem im Hinblick auf Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Zur Attraktivität der dualen Berufsausbildung gehört auch die Sicherstellung einer guten flächendeckenden Unterrichtsversorgung durch entsprechende personelle Ressourcen und technische Ausstattung sowie eine gute Erreichbarkeit und vernünftige Anbindung der jeweiligen Berufsschule. Zudem macht eine noch stärkere Vernetzung der Berufsschulen untereinander und mit den Unternehmen Sinn, um gemeinsam hybride ggf. auch dezentrale Lern- und Kooperationsstrukturen zu schaffen.

Eine große Herausforderung stellt im Ausbildungsbereich auch das Matching von Ausbildungsplatzbewerbern und dem Angebot an Ausbildungsplätzen und den dafür geforderten Kompetenzen dar. Auf der Nachfrageseite hilft gute Berufsorientierung, die damit einhergehen kann, das Interesse für Berufe zu wecken, in denen der Nachwuchskräftebedarf derzeit nicht gedeckt werden kann. Dabei unterstützen beispielsweise – auch digitale – Bildungsmessen (z.B. GöBIT on Tour). Zusätzlich vermitteln wir mit dem Projekt „Passgenaue Besetzung“ ausbildungsinteressierte Jugendliche in freie Ausbildungsplätze kleiner und mittlerer Unternehmen. Sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den Unternehmen wird in Zukunft eine noch größere Flexibilität erforderlich sein. Regionale Mobilität kann durch ein Azubi-Ticket gefördert werden.

Weiterbildung muss flexibel auf absehbare Nachfrage reagieren können. Im Zusammenhang mit Weiterbildung spielt die Digitalisierung eine Rolle, sowohl bei den Inhalten als auch bei der Wissensvermittlung. So verfolgt die IHK seit längerem auch Blended-Learning-Ansätze und bietet – beschleunigt durch die Corona-Pandemie – verstärkt Webinare an.

Zudem sind bisher ungenutzte Potenziale zu heben. Dabei stellen vor allem die Frauenerwerbsquote, Beschäftigung Älterer sowie qualifizierte Bildungsausländer (z.B. Fachkräfte gemäß Fachkräfteeinwanderungsgesetz oder ausländische Hochschulabsolventen mit Abschluss an einer deutschen Hochschule) und Menschen mit Behinderung¹ wichtige Ansatzpunkte dar. Im Rahmen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes haben zeitnah praxistaugliche Prozesse für die Gewinnung und Vermittlung von qualifizierten ausländischen Fachkräften entwickelt und erprobt zu werden. Dabei bietet die IHK ihre Unterstützung an.

Als IHK sind wir zuständige Stelle für Aus- und Fortbildung sowie für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Außerdem sind wir dort ergänzend und innovativ tätig, wo es der Fachkräftebedarf

besonders erfordert (z.B. Anerkennungsberatung) und unterstützen regionale Projekte zur Fachkräftesicherung und beruflichen Orientierung (z.B. Schulgütesiegel, „IT macht Schule“, „Digiscouts“, Studienabbrecher-Projekte). Wir arbeiten eng mit der Agentur für Arbeit, regionalen Wirtschaftsförderern und Wirtschaftsuniern sowie anderen Kammern und Institutionen zusammen, um berufliche Orientierung auch zu Corona-Zeiten flächendeckend und umfassend, unter anderem digital, fortzuführen.

Was brauchen wir?

Es ist wichtig, dass das Fachkräftethema bei Politik und Öffentlichkeit weiterhin im Fokus bleibt. Vom Land sollte fortdauernd darauf hingewirkt werden, dass Qualifizierung als bedeutender Baustein wahrgenommen wird. Dabei geht es auf der einen Seite um den sich ändernden Fachkräftebedarf der Unternehmen. Zum anderen ist bekanntermaßen das Risiko ungelernter potenzieller Arbeitskräfte, keinen Arbeitsplatz zu finden oder den Job zu verlieren, relativ groß.

Auch verschiedene Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung – besonders von Fachkräften aus dem Ausland – sollten weiter verfolgt werden. Dabei wäre es hilfreich, bestimmte Verfahren zu vereinfachen (z.B. zentrale Ausländerbehörde für beschleunigtes Verfahren für Erwerbszuwanderung). Nützlich wäre auch, Hilfen anzubieten, damit Unternehmen und ausländische Fachkräfte besser zusammenfinden.

Als IHK sehen wir uns neben der zentralen Funktion als zuständige Stelle für die berufliche Bildung vor allem als Impulsgeber und Unterstützer innovativer und effektiver Maßnahmen und Projekte. Die Bereitstellung von digitalen Lerninhalten, die ohne großen Aufwand von Auszubildenden insbesondere kleinerer Unternehmen genutzt werden können, kann zur modernen, innovativen Ausbildung beitragen.² Digitaler Unterricht bietet viel Spielraum bei der Vermittlung von Wissen und sollte weiter vorangebracht werden.

Um Forderungen im Bereich der Digitalisierung glaubhaft stellen zu können, ist es zudem notwendig, selbst Digitalisierungsprojekte voranzubringen. So hat die IHK Hannover 2019 als erstes den Berufsausbildungsvertrag online umgesetzt. Andere digitale Angebote (z.B. digitale Ausbildungsnachweise, Prüfentschädigung online) werden derzeit pilotiert und sollen zukünftig über das IHK-Bildungsportal erfolgen.

Die IHK hat in den letzten Jahren mit den Partnerinstitutionen und der Politik im Bündnis Duale Berufsausbildung, der Fachkräfteinitiative, aber auch in den regionalen Fachkräftebündnissen erfolgreich zusammengearbeitet und viele Projekte angestoßen und begleitet. Eine Fortsetzung und weitere Intensivierung werden angestrebt.

¹ Hinweis aus dem Ehrenamt: Die Rahmenbedingungen für die Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung sind für viele Unternehmen nur schwer erfüllbar. Sie sollten deshalb auf den Prüfstand gestellt werden.

² Hinweis aus dem Ehrenamt: Insbesondere in größeren Unternehmen werden den Auszubildenden teilweise bereits innerbetriebliche Unterrichtseinheiten – auch digital – ermöglicht, die unter anderem dazu dienen, das Berufsschulwissen zu festigen und zu ergänzen.



Windräder in Pattensen: Der Anteil erneuerbarer Energie am Stromverbrauch liegt in Niedersachsen deutlich über dem Bundesschnitt.

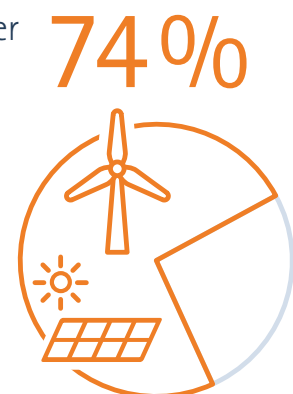
Position
9

Wie gestalten wir unsere Wirtschaft nachhaltig sozial, ökologisch und ökonomisch?

Wie ist es?

Nachhaltiges und verantwortungsbewusstes Wirtschaften fördert die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und gewinnt vor allem in den Handlungsfeldern Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, Mobilität, Material- und Energieeffizienz an Bedeutung. Auch die Europäische Kommission hat mit dem Green Deal aus dem Dezember 2019 Klimaschutz, Ökologie und Nachhaltigkeit für die nächsten Jahre in den Mittelpunkt ihrer Politik gerückt. Das Land Niedersachsen hat 2017 eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet.

Anteil erneuerbarer
Energie am
Stromverbrauch
in Niedersachsen



Seit Jahrzehnten trägt die deutsche Wirtschaft mit innovativen Technologien und Produkten maßgeblich zu einem effizienteren Einsatz der Ressourcen bei und ist mit einem Welthandelsanteil von 14 Prozent bei Umweltschutzgütern führend. Der Anteil erneuerbarer Energie am Stromverbrauch liegt in Niedersachsen deutlich über dem Bundeschnitt: **Etwa 74 Prozent des Stroms stammten 2019 aus erneuerbaren Energien.** Seit 1990 sind auch die niedersächsischen Treibhausgasemissionen kontinuierlich zurückgegangen. Die Luftschadstoffemissionen wurden um rund 60 Prozent reduziert.

Das Land hat 2017 eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet und im ersten Fortschrittsbericht 2020 über die Aktivitäten der letzten beiden Jahre berichtet. Thematisch greift der Bericht Armutsbekämpfung, bezahlbare und saubere Energie, verantwortungsvolle sowie Konsum- und Produktionsmuster, Klimaschutz und viele andere Themen auf.

Zur Nachhaltigkeit zählt aber auch die langfristige Fachkräftesicherung. Durch eine jahrelange Zusammenarbeit der IHK Hannover mit Ländern wie etwa Spanien/Andalusien zum Thema „Förderung der Mobilität junger Menschen und Unterstützung bei der Weiterentwicklung bestehender Ausbildungssysteme hin zum dualen System“ wird eine nachhaltige Versorgung von Fachkräften für den niedersächsischen Arbeitsmarkt gefördert.

Wie soll es sein?

Für eine nachhaltige, soziale und ökologische Zukunft müssen Klima- und Umweltschutz ausgebaut und der Energie- und Ressourcenverbrauch erheblich reduziert werden. Zu berücksichtigen ist, dass die niedersächsische Wirtschaft durch industrielle Tätigkeit, wie z. B. die Automobil- und Ernährungswirtschaft, geprägt ist. Fast 60 Prozent der Gesamtkosten geben Unternehmen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe aus, sodass der effiziente Umgang mit Material und Rohstoffen umweltpolitisch und finanziell von großer Bedeutung ist. Eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourceneinsatz und eine ausreichende Versorgung der niedersächsischen Unternehmen mit Rohstoffen, wofür Rohstoffproduktivität und funktionierende Kreislaufwirtschaft mit ambitionierten Verwertungsniveaus gleichermaßen wichtig sind, muss das Ziel sein. In den letzten Jahrzehnten hat sich in Deutschland eine leistungsfähige nachhaltige Kreislauf- und Recyclingwirtschaft etabliert. Mit steigender Tendenz werden in Deutschland Abfälle schon jetzt zu mehr als 80 Prozent verwertet. Bei Siedlungsabfällen sind es sogar über 98 Prozent.

Außerdem sollten zur Ressourcenschonung Materialien und Produkte so lange wie möglich genutzt, wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt werden. Design und Herstellungsverfahren von Produkten, Gebäuden oder Verpackungen sind nach ökologischen und ökonomischen Aspekten zu optimieren und bei der Gestaltung von Produkten entscheidende Voraussetzungen für eine möglichst lange Produktnutzung zu schaffen, indem wichtige Produkteigenschaften, wie Schadstofffreiheit sowie Reparier- und Demontierbarkeit, berücksichtigt werden.

Verantwortliches Agieren entlang der gesamten Wertschöpfungskette = Nachhaltiges Wirtschaften

Was brauchen wir?¹

Nachhaltiges Wirtschaften zeichnet sich dadurch aus, dass Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfung verantwortlich agieren und Nachhaltigkeit in die Unternehmenspolitik und Unternehmenskultur integrieren. Durch geeignete Kennzahlen und Indikatoren, wie z. B. den Carbon Footprint von Produkten, sind die CO₂-Bilanz und die Umweltbelastung eines Produktes entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu dokumentieren. Hier können die Beratungs- und Informationsaktivitäten vom Land und den Industrie- und Handelskammern wertvolle Hilfe leisten.

Außerdem sind vom Staat die notwendigen Voraussetzungen für die niedersächsischen Unternehmen zu schaffen, um die Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele zu erreichen. Für den Ausbau der erneuerbaren Energien und Ansiedlungs- und Verkehrstätigkeit von Betrieben bedarf es der notwendigen Flächen und eines integrierten Konzepts zur strategischen Sicherung der Rohstoffversorgung und der vorausschauenden Raumplanung auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene.

Gerade in Zeiten von Corona ist es wichtig, dass das Thema EU-Bildungspolitik bei Politik und Öffentlichkeit mehr in den Fokus gerückt wird. Vom Land sollten Projekte unterstützt werden, die zum einen dazu beitragen können Unterschiedlichkeiten der nationalen Bildungssysteme abzubauen und eine grenzüberschreitende Fortsetzung von Bildungskarrieren oder einen Arbeitsplatzwechsel ins EU-Ausland ermöglichen. Zum anderen sollte der Austausch im Berufsbildungsbereich gefördert werden, damit transnationale Netze entstehen können, über die mehr Transparenz zwischen den nationalen Bildungssystemen geschaffen werden kann.

Als IHK sehen wir uns neben der zentralen Funktion als zuständige Stelle für die berufliche Bildung und Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen vor allem als Impulsgeber und Unterstützer innovativer und effektiver Maßnahmen und Projekte. Um Forderungen im Bereich der EU-Bildungspolitik glaubhaft stellen zu können, ist es zudem erforderlich, dass wir weiterhin als Partner im Rahmen von EU-Bildungsprojekten bereit stehen.

¹ Anmerkung aus den Ausschüssen: Anlagen, Maschinen, Vorrichtung u. Ä., die über Jahrzehnte störungs- und unfallfrei benutzt wurden, wurden verschrottet, weil es nicht möglich ist, formal die Dokumentation nach neuesten Normen für diese Geräte zusammenzustellen, oder nur mit extremen Aufwand. Hier wird durch zu kurz gefassten Bestandsschutz Nachhaltigkeit geradezu verhindert.



Verpackt für die Märkte weltweit:
Exportverpackung Sehnde GmbH

Position
10

Was müssen wir leisten, um offene Märkte zu schützen?

Wie ist es?

Jahrzehntelang wurde der Welthandel immer mehr erleichtert. Die Handelsströme sind hierdurch weltweit gewachsen. Die deutschen Unternehmen haben die sich bietenden Chancen besonders gut genutzt und dadurch den deutschen Wohlstand gesteigert. Entsprechend groß war der Rückhalt für die weltweiten Handelserleichterungen in der deutschen Bevölkerung: Offenheit galt als Wert an sich – sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft.

Aber in dem Maß, in dem der Handel wuchs, wurde er international auch immer mehr zu einer Zielscheibe für – häufig populistisch motivierte – Aktionen: Eigene, nicht wettbewerbsfähige Branchen wurden durch abwehrende Regulierungen geschützt, wenn nur laut genug danach gerufen wurde. Sanktionen wurden genutzt, um mit solchen Handelsbeschränkungen politische Ziele zu erreichen. Und in zunehmendem Maße soll der internationale Handel auch noch dazu dienen, weitere Ziele weltweit durchzusetzen (Menschenrechte, Umweltschutz: vgl. Planungen zu einem Lieferkettengesetz).

Immer mehr niedersächsische Unternehmen sehen Hemmnisse für ihre internationalen Geschäfte.



Der Anteil der niedersächsischen Unternehmen, die eine deutliche Zunahme der Hemmnisse für ihre internationalen Geschäfte feststellen, ist in den letzten drei Jahren von gut 30 Prozent auf über 50 Prozent angestiegen – und letztere Zahl wurde noch vor der Corona-Krise erhoben. Über die Hälfte dieser Unternehmen geben an, im Jahr 2019 durch Sanktionen geschädigt worden zu sein. In einer ähnlichen Größenordnung bewegen sich die Schäden durch lokale Zertifizierungs- und Sicherheitsanforderungen im Ausland, also durch klassischen Protektionismus der Zielländer.

In der Corona-Pandemie zeigte sich wie in einem Brennglas die derzeit weltweit gültige Tendenz: Sehr rasch wurden weltweit eine ganze Reihe von neuen Handelsbeschränkungen errichtet. Der Abbau erfolgt wiederum – wenn überhaupt – nur sehr zögerlich. Und auch das neue deutsche Außenwirtschaftsgesetz und die Außenwirtschaftsverordnung stellen deutliche Eingriffe dar: Es handelt sich um eine deutliche Abschreckung ausländischer Investoren und damit gleichzeitig um einen Eingriff in die Eigentumsrechte deutscher Unternehmer, die Anteile an ihren Unternehmen veräußern wollen.

Wie soll es sein?

Die Offenheit der Märkte wird heute nicht mehr als wohlstandsschaffender Wert begriffen. Als Erfolgsmeldung gilt es vielmehr allzu häufig, wenn durch Abschottung, Sanktionen oder Strafzölle in die Handelsströme eingegriffen wird. Und jeder dieser Eingriffe schwächt die Basis des Welthandels und mindert unseren Wohlstand. Wir benötigen hier dringend ein Umdenken – und wir können dabei nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen, sondern müssen bei unserem eigenen Handeln anfangen, das ebenfalls immer stärker zu Eingriffen in den offenen Handel neigt.

Selbst bei eigentlich gut gemeinten Aktionen ist zu konstatieren, dass sie an einem großen Teil der Unternehmen, denen sie eigentlich nutzen sollen, vorbeilaufen: Freihandelsabkommen der EU werden von viel weniger Unternehmen genutzt, als es eigentlich möglich wäre. Für viele KMU ist der Aufwand einfach viel zu groß. So wird zum Beispiel der Aufwand, den die jeweils unterschiedliche Ermittlung des Warenursprungs im Unternehmen verursacht, in den Verhandlungen oft nicht mitberücksichtigt.

Was brauchen wir?

Offene Märkte müssen wieder als Aufgabe begriffen werden, die Energie, Kreativität und auch Verhandlungsgeschick erfordert:

- ☑ Die Ausrichtung sämtlicher Maßnahmen, die den internationalen Handel betreffen, egal ob durch ein Freihandelsabkommen auf EU-Ebene oder durch ein Lieferkettengesetz in Deutschland, muss dringend auf einen KMU-Prüfstand gestellt werden: Sind Freihandelsabkommen nicht problemlos für KMU anwendbar oder sind neue Gesetze speziell von ihnen schwer zu bewältigen, ist die Ausrichtung oder Konstruktion der Maßnahme noch einmal zu überdenken.
- ☑ Sanktionen sind ein äußerst problematisches Instrument. Die Wirksamkeit ist insgesamt sehr umstritten. Eindeutig ist hingegen der wirtschaftliche Schaden, den viele aktuell geltende Sanktionen der EU auch für die Unternehmen aus der EU anrichten. Gleichzeitig fehlt häufig eine klare Exit-Strategie und die Sanktionen tendieren deshalb zur Verfestigung.
- ☑ Reisebeschränkungen, derzeit vor allem durch die Corona-Pandemie verhängt, behindern die Wirtschaft massiv. Wenn keine Monteure und Servicetechniker entsendet werden können, dann leiden exportorientierte Unternehmen besonders. Aber auch Messen, Verhandlungen, Akquisebesuche im Ausland sind durch Videokonferenzen nicht 1:1 zu ersetzen – die Auswirkungen der aktuell nicht durchgeführten Reisen werden noch längere Zeit durch eine geringere Exportdynamik zu spüren sein. Ein Abbau der Reisebeschränkungen ist deshalb schnellstmöglich nötig.
- ☑ Reisebeschränkungen sind aber auch ein wichtiges Thema innerhalb der EU. Der Binnenmarkt erweist sich als halbfertiger Rohbau, wenn es um die Entsendung von Mitarbeitern in der EU geht. Es gibt ja nicht nur – immer noch! – die A1-Bescheinigung, sondern eine ganze Vielfalt an Meldepflichten und -hürden in jedem EU-Land. Das ist eines Binnenmarktes unwürdig und damit eine der Hauptaufgaben für die europäische Politik.
- ☑ Mit Nachdruck für offene Märkte eintreten! Das kann sogar auch bedeuten, erst einmal einen Schritt in die andere Richtung zu machen: Wo die Regelungen zu ungleichgewichtig zu Lasten der Unternehmen aus der EU sind, sollte eine Reziprozität eingefordert werden. Das kann auch bedeuten, dass man für einzelne Länder, die für Unternehmen aus der EU ihre Märkte nicht ausreichend öffnen oder sich nicht mit einer deutlichen Tendenz auf eine solche Öffnung zubewegen, im Gegenzug auch Einschränkungen implementiert. Hier ist ein deutlich selbstbewussteres Auftreten der EU nötig: Die EU ist ein Schwergewicht im Welthandel. Damit geht auch die Verantwortung einher, sich für weltweit offene Märkte mit Nachdruck zu engagieren.



Wasserstoff als wichtiger
Energieträger der Zukunft:
Wasserstofftankstelle und
-Prüfzentrum der JA-Gastech-
nology GmbH in Burgwedel

Position

11

Wie schaffen wir es, eine führende Wasserstoffregion zu werden?

Wie ist es?

Um bis 2050 klimaneutral zu werden, muss das Energiesystem in Europa, Deutschland und Niedersachsen erheblich umgebaut werden. Die Herausforderungen der Energiewende sind vielfältig. Zentrales Element ist der Ausbau der erneuerbaren Energien: Bis 2050 soll die Energieversorgung in Niedersachsen auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Wasserstoff wird die künftige Energieversorgung stark beeinflussen, ist ein Energiespeicher für erneuerbare Energien und kann erheblich zur Dezentralisierung und Dekarbonisierung beitragen.

Niedersachsen verfügt über gute Standortvoraussetzungen zum Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft: Dazu zählen vor allem hohe Erzeugungskapazitäten für On- und Offshore-Windstrom und Gesteinsformationen/Kavernen für die Speicherung. Mit Power-to-X-Technologien (Power-to-Gas, Power-to-Liquid etc.) kann Wasserstoff im Sinne der Sektorenkopplung beispielsweise zu synthetischen Kraftstoffen weiterverarbeitet oder in Produktionsprozessen verwendet werden.

Niedersachsen hat gute Standortvoraussetzungen für eine

▶ grüne Wasserstoffwirtschaft

Grüner Wasserstoff ist eine wichtige Lösung, um den CO₂-Ausstoß von Industrieunternehmen, die z. B. Eisen, Stahl, Zement und Grundstoffe produzieren, zu verringern. Auch im Verkehrssektor ist Wasserstoff eine vielversprechende Option: Etwa fahren Busse im öffentlichen Nahverkehr und Reisebusse, Spezial- oder Schienenfahrzeuge bereits mit Wasserstoff.

Wie soll es sein?

Niedersachsen will das führende Land für grünen Wasserstoff werden, verfügt über erhebliche Potenziale für den Ausbau der erneuerbaren Energien und will bei der Energiewende eine zentrale Rolle einnehmen. Schon jetzt werden etwa 70 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien, insbesondere Wind (On- und Offshore) und Photovoltaik, erzeugt.

Eine grüne Wasserstoffwirtschaft kann durch die Stärkung und den Ausbau vorhandener Cluster, Forschungsaktivitäten, den Aufbau von technischen (Demonstrations-)Anlagen sowie Fortschritte bei wettbewerbsfähigen Geschäftsmodellen gefördert werden. Für die Wasserstoffproduktion werden sich mittelfristig Standorte herausbilden. Dort, wo Wasserstoff mit Strom aus erneuerbaren Energien besonders günstig produziert werden kann, sind die Chancen auf eine Wasserstoffproduktion am besten. Daher kommen für die Produktion von grünem Wasserstoff mit Elektrolyse vor allem die windreichen Küstenregionen Niedersachsens in Frage.

Bestimmte Industriezweige, wie z. B. die Stahlindustrie, stehen vor erheblichen Veränderungen. Für rund sieben Prozent der gesamten jährlichen deutschen CO₂-Emissionen ist die Stahlindustrie verantwortlich und befindet sich in einem Transformationsprozess von einer kohlenstoffintensiven, konventionellen Herstellung hin zu einer Produktion mit einem flexiblen, zunehmenden Einsatz von Wasserstoff. In Niedersachsen wird zum Beispiel die Salzgitter AG ein Produktionsverfahren mit grünem Wasserstoff, das Strom aus Windenergie verwendet und die CO₂-Emissionen erheblich senken wird, einführen.

Auch der Verkehrssektor rüstet immer stärker die Fahrzeugflotten auf alternative Antriebstechnologien um. Verschärfungen der Klimaschutzanforderungen in den nächsten Jahren fördern neue umweltbewusste Antriebstechnologien. Insbesondere bei schweren Nutz- und Spezialfahrzeugen stellt der Antrieb mit Wasserstoff eine vielversprechende Option dar.

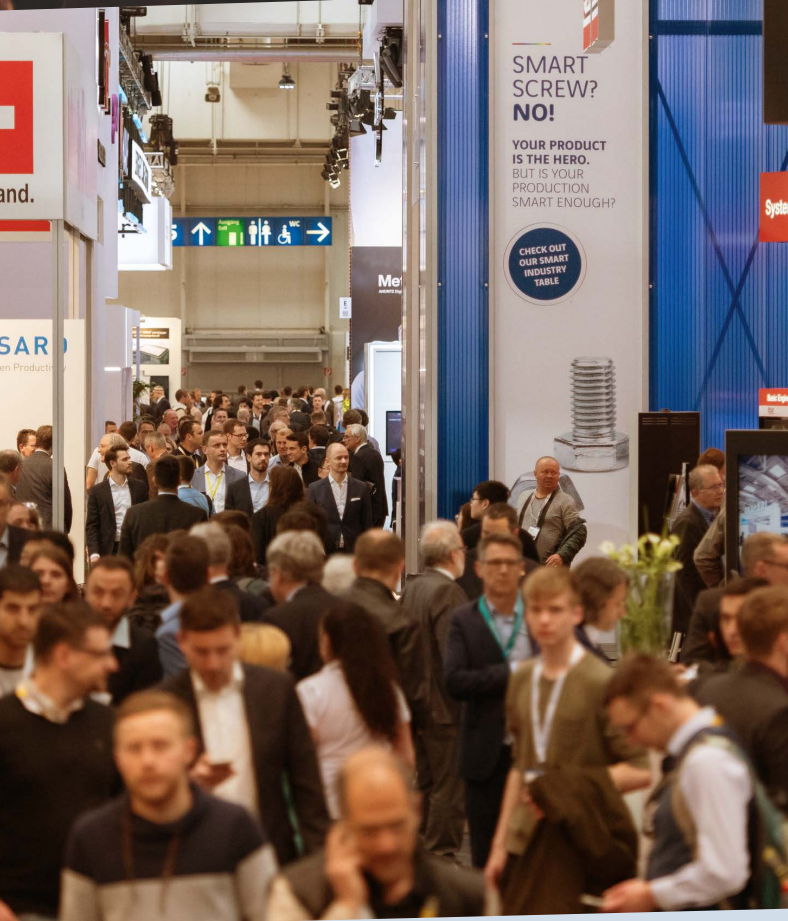
Was brauchen wir?

Grüner Wasserstoff wird ein wichtiger Energieträger der Zukunft und kann die Energiewende maßgeblich mitgestalten. Er wird vor allem für die Nutzung und Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energien, industriellen Prozesse und für die Mobilität wertvoll werden.

- ☑ Für die Herstellung und Speicherung grünen Wasserstoffs sollte der für die Elektrolyse verwendete Strom von der EEG-Umlage befreit oder auf andere Art und Weise begünstigt werden. Die Investitionskosten von Elektrolysen und Speichereinrichtungen sollten gefördert werden.
- ☑ Der Bau der erforderlichen Infrastruktur sollte unterstützt werden. Hierzu gehören Elektrolysekapazitäten, effiziente Transport-, Speicher- und Importinfrastrukturen. Unterstützungsmaßnahmen, wie verpflichtende Quoten von Wasserstofffahrzeugen für den öffentlichen Nahverkehr, sind zu überprüfen.
- ☑ Durch Demonstrations- und Förderprojekte, z. B. zur Einspeicherung von Wasserstoff in Kavernen, die Wasserstoffregion Landkreis Schaumburg und das Projekt ViridisH2 der Südniedersachsenstiftung, sind die vorhandenen landespezifischen Voraussetzungen und die Kenntnisse über die Wasserstofftechnologien und deren Komponenten zu vertiefen. Notwendige Fördermaßnahmen sind weiterhin zu gewährleisten.
- ☑ Mit der Automobilindustrie sollte ein Dialogprozess gestartet werden, um Strategien im Hinblick auf Wasserstoffantriebe in bestimmten Marktsegmenten zu entwickeln.
- ☑ Für Strom- und Gasinfrastrukturen einschließlich der Wasserstoffnetze sollte es einen integrierten Netzentwicklungsplan geben.

ELO Mobility und das Fraunhofer-Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme IVI entwickeln zusammen eine neue Generation von revolutionären Stadtlinienbussen mit Wasserstoffantrieb. Die Abbildung zeigt den Projektbus mit Wasserstofftanks im hinteren Bereich des Dachs. Schon ab 2022 können diese Busse in Niedersachsen probeweise zum Einsatz kommen. Für das Jahr 2023 ist dann die Serienproduktion geplant. Fördermittler des Projekts ist das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, der offizielle Projektträger ist das Forschungszentrum Jülich. Die Programmkoordination erfolgt durch die Nationale Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie NOW GmbH.





Zurück zur Normalität:
Reisen, Handeln, Zusammensein

Wie kann unsere Wirtschaft nach der Corona-Krise wieder durchstarten?

Wie ist es?

Die Corona-Krise schädigt die Wirtschaft nicht nur kurzfristig in der akuten Phase mit den damit einhergehenden wirtschaftlichen Einschränkungen. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass sie auf Jahre hinaus einen spürbaren Rückschritt in der Wachstums- und Wohlstandsentwicklung in Niedersachsen bewirkt. Dies trifft die niedersächsische Wirtschaft in eine Phase, in der sie sich ohnehin in massiven Strukturveränderungen befindet.

Die unklare Zukunftsperspektive ist für

▷ Investitionsplanungen

eine große Herausforderung und Belastung

Bund und Land haben versucht, betroffenen Unternehmen mit Unterstützungsprogrammen unter die Arme zu greifen. Allerdings sind nach wie vor einzelne Branchen, etwa der Handel, der Tourismus oder die Veranstaltungswirtschaft, massiv durch die Pandemie beeinträchtigt oder können teilweise bereits seit dem Frühjahr nicht arbeiten. Bei diesen Unternehmen reichen die Hilfsmittel nicht aus, sodass es zu besonderen Härtefällen kommt. Für die Wirtschaft ist außerdem insbesondere die unklare Zukunftsperspektive eine besondere Herausforderung und nachhaltige Belastung, etwa bei Investitionsplanungen.

Wie soll es sein?

Für die Unternehmerinnen und Unternehmer in Niedersachsen wäre eine klare Zukunftsperspektive die beste Medizin – wohl wissend, dass diese aktuell nicht zu haben ist. Wir hoffen daher, dass die Impfstrategien wirkungsvoll sind und so ein Weg zurück in eine neue Normalität gefunden werden kann.

Für die Unternehmen ist nun von entscheidender Frage, wie die Liquidität bis zu diesem Zeitpunkt sichergestellt werden kann. In der aktuellen Krise werden daher Steuerstundungen und Anpassungen der Steuervorauszahlungen in vereinfachter Form gewährt. Auf Vollstreckungsmaßnahmen sollte in den kommenden Monaten weitestgehend verzichtet werden.

Die im Rahmen der Pandemiebekämpfung eingeführten Handels- und Personenbeschränkungen haben den Außenhandel und den internationalen Personenverkehr massiv gestört. Darüber hinaus haben – von

der Corona-Krise unabhängig – protektionistische Maßnahmen von Drittländern zu einer Abschwächung der Ex- und Importe geführt.

Für die öffentlichen Haushalte bedeutet die Corona-Krise eine erhebliche Belastung, der wichtige Zukunftsinvestitionen zum Opfer zu fallen drohen. Innerhalb kürzester Zeit werden Zwänge zur Haushaltskonsolidierung eintreten. Bund, Länder und Kommunen dürfen bei allem Verständnis für die Situation und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung und Bildung nicht vernachlässigen.

Was brauchen wir?

Für das Brechen der ersten und zweiten Corona-Welle wurden (Teil-)Lockdowns als Mittel der Pandemiebekämpfung gesehen. Wichtig ist aus unserer Sicht, weitere Lockdowns zunächst umfangreich zu prüfen und falls möglich zu vermeiden. Selbst Unternehmen, die nicht direkt von Schließungen betroffen sind und somit kaum Anspruch auf Hilfsmittel haben, sind oft von einem Herunterfahren der Wirtschaft betroffen. Flächendeckende Lockdowns sind daher immer als letztes Mittel anzusehen.

Ein wichtiges Konjunkturpaket nach der Krise sind zum einen staatliche Investitionen in Zukunftswerte, etwa Infrastruktur sowie Bildung und Forschung. Zudem sollten Unternehmen in der zu erwartenden Aufschwungphase von hohen Steuern und regulatorischen Belastungen (etwa der EEG-Umlage) befreit werden. Unternehmen benötigen neben mehr bürokratischem Spielraum vor allem auch eine ausreichende finanzielle Ausstattung für den Neustart.

Die Grundfreiheiten des Binnenmarktes sind wieder in Kraft zu setzen bzw. zu stärken. Protektionistische Maßnahmen lehnen wir ab. Sie müssen langfristig abgebaut und verhindert werden. Um die öffentlichen Haushalte zu entlasten, hat mit dem Ende der Lockdowns auch ein Ende der Transferleistungen einherzugehen. Auch wenn diese vielen Unternehmen kurzfristig eine wichtige und begrüßenswerte Hilfe gewesen sind, deren Ausgestaltung die Wirtschaft ausgesprochen begrüßt hat, ist dieses System langfristig aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht zu erhalten.

Eine wichtige Erfahrung aus der Corona-Pandemie ist, dass die Kapazitäten im Gesundheitswesen an ihre Grenzen geraten sind. Die Krankenhausplanung des Landes sollte daher überprüft werden und insbesondere in der Intensivmedizin ausgebaut werden.



Industrie- und Handelskammer
Hannover

Impressum

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Hannover
Schiffgraben 49 · 30175 Hannover
Tel.: 0511/3107-0 · Fax: 0511/3107-333
www.hannover.ihk.de

Bildnachweis

IHK Hannover
Pixabay
S. 8: Laser Zentrum Hannover
S. 12: proFagus
S. 14: Insa Hagemann
S. 16: TÜV Nord
S. 20 u. r.: Mercedes Benz AG, Hannover
S. 24: Exportverpackung Sehnde GmbH
S. 26: JA-Gastechnology
S. 28 u. l.: Deutsche Messe AG